

starke Position von Morgan Stanley im Wachstumsmarkt China weiter auszubauen. Seit 2000 habe die Investmentbank rund 45 Mrd. \$ von chinesischen Geldgebern weltweit angelegt. Das Unternehmen betonte, dass der Fonds als ein passiver Aktionär auftreten werde – ohne Einfluss auf das Management oder den Aufsichtsrat auszuüben.

„Asiatische Aktieninvestoren traten bisher sehr passiv auf, zudem halten sie an den großen Unternehmen nie die Mehrheit“, sagte Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff. Sorgen westlicher Politiker, dass Staatsfonds Einfluss auf heimische Unternehmen nehmen könnten, seien daher übertrieben. Es „beginnt gerade ein Trend, der ohne Zweifel noch zunehmen wird“, sagte Rogoff. Die staatlichen Fonds aus China, Russland und dem Nahen Osten verfügen nach Schätzung der US-Investmentbank Merrill Lynch schon in wenigen Jahren über ein Vermögen von 8000 Mrd. €. Analysten wie Ryan Lentell von Morningstar begrüßten ebenfalls die Kapitalspritze: „Das gibt der Bilanz ein wenig Stabilität und schafft Vertrauen.“

Unternehmenschef Mack will wegen der schwachen Geschäftsentwicklung 2007 auf einen Gehaltsbonus verzichten. „Ich glaube an die erfolgsabhängige Bezahlung“, sagte Mack. Noch im Vorjahr zählte er zu den Topverdienern an der Wall Street – allein sein Sondergehalt in Aktien und Optionen hatte einen Wert von 40 Mio. \$. Die Morgan-Stanley-Aktien legten gestern um bis zu 6,86 Prozent zu.

**DAS KAPITAL** | Seite 17

lastungen“ für die Industrie.

Regierung und Hersteller beklagen, die deutsche Autoindustrie müsse die Hauptlast der neuen Regeln tragen. Umweltkommissar Stavros Dimas hatte die neuen Regeln gestern in Brüssel nach einer kontroversen Debatte im Kommissionskollegium vorgestellt. „Das wird ein starkes Signal an die Welt senden über die Entschlossenheit der EU, mutige Maßnahmen für den Klimaschutz zu ergreifen“, sagte der Grieche.

Ziel des Gesetzes ist es, bis 2012 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Neuwagen in der EU von heute durchschnittlich 160 Gramm auf 120 Gramm je

EU-Vorgaben zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung bis 2012 und mögliche Strafen

	Ø CO <sub>2</sub> -Emission g/km, 2006	nötige Reduz.	mögl. Strafe 2012, Mio. €*
<b>Mercedes-Benz</b>	197	28 %	198
<b>BMW</b>	189	23 %	80
<b>Volkswagen</b>	169	22 %	635
<b>Audi</b>	187	26 %	124
<b>Citroën</b>	140	11 %	18
<b>Peugeot</b>	148	15 %	143
<b>Fiat</b>	146	17 %	175
<b>Renault</b>	153	14 %	154
<b>Porsche</b>	282	48 %	68

Quelle: Credit Suisse; \* bei stabilen Verkaufszahlen und einer als realistisch angenommenen Senkung der Emissionen um 10 % bzw. 20 % (Mercedes, BMW, Audi, Porsche) bis 2012

**Grenze** Neuwagen sollen 2012 im Schnitt nur 120 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer ausstoßen, Herstellern drohen sonst Strafen.

**Regeln** Es gilt der Wert, den die ganze Flotte eines Herstellers erreicht. Schwere Autos dürfen mehr ausstoßen.

den Vorschlag. „Mit den Regeln wird die EU das CO<sub>2</sub>-Ziel erst drei bis fünf Jahre später erreichen“, sagte Wolfgang Lohbeck, Verkehrsexperte bei Greenpeace. Maßgeblich für die Berechnung des CO<sub>2</sub>-Grenzwerts müsse die Größe eines Autos sein, nicht das Gewicht.

Der Plan wird Gesetz, wenn er im Ministerrat und EU-Parlament eine qualifizierte Mehrheit erhält. Berlin will mit Staaten wie Schweden, Österreich, Tschechien, Ungarn und der Slowakei eine Blockademinderheit organisieren.

**WEITERE BERICHTE** | Seite 8, 12  
**LEITARTIKEL** | Seite 27

## FTD 12.07.07 Aussage gegen Aussage

Die HVB kämpft gegen den Vorwurf, ihre Tochter Bank Austria zu billig verkauft zu haben. Jetzt tauchen erstmals kompromittierende Interna auf

**GERHARD HEGMANN, MÜNCHEN**

Nur selten erhalten Außenstehende Einblick, was Entscheider bei Großfusionen alles umtreibt. Thomas Heidel hat Glück. Den Rechtsanwalt haben die Aktionäre der Hypo-Vereinsbank (HVB) zu ihrem „besonderen Vertreter“ gewählt. Der Status erlaubt ihm, kräftig in Interna zu wühlen. Er soll herausfinden, ob rund um Europas größten Bankendeal, den Verkauf der HVB an Unicredit, alles ordentlich gelaufen ist.

Monatelang hat Heidel Schriftsätze und E-Mails durchforstet; inzwischen meint er: Die Aktionäre sind getäuscht worden. Im Kern geht es um eine simple Frage: Hat die HVB ihre Tochter Bank Austria zu billig an Unicredit

weitergereicht? Rund 13 Mrd. € mussten die Italiener bezahlen. HVB-Aktionäre argwöhnen, der Preis sei zu niedrig ausgefallen, weil sich die HVB-Führung schon wie ein Teil des Unicredit-Reichs fühlen musste und auch so handelte. Höhere Angebote für den Osteuropaspezialisten Bank Austria seien deswegen nicht mit derselben Sorgfalt geprüft worden.

Ein schwerer Vorwurf – wenn er sich beweisen lässt, kommen auf die Bank hohe Nachforderungen zu. Heidel hat Unterlagen beim Landgericht München eingereicht, die nahelegen, dass dem HVB-Lager das Problem sehr bewusst war. „Der Verzicht auf ein Bieterverfahren erscheint nur dann zulässig, wenn der HVB im Gegenzug gewichtige Vorteile im Rahmen der vorgesehenen Spezialisierung im Konzern zuwachsen“, zitiert Heidel aus einer Unterlage des HVB-Rechtsberaters Gerhard Wirth. Vorstand Stefan Schmittmann äußert Zweifel, ob die geplante – und dann schließlich auch erfolgte – Übertragung des Investmentbankings der Unicredit auf die HVB ein solcher Ausgleich sein könnte. Der Experte der Rechts-

abteilung reagiert und warnt HVB-Chef Wolfgang Sprißler in einer E-Mail: „Meines Erachtens müssen wir – plausibel – begründen, dass wir ein Paket Investmentbanking + Kaufpreis zur Verwendung in Deutschland bekommen, das wir von einem Dritten so (Investmentbanking) nie bekommen könnten.“

Keine einfache Aufgabe: Zwar bewertet die von der HVB beauftragte Citigroup den Preis damals als „fair“ – bezieht dabei aber einen möglichen höheren Preis durch einen Verkauf an einen Dritten („Kontrollwechsel“) nicht ein. Vergeblich wirbt die Rechtsabteilung bei der Citigroup. „Uns wäre natürlich das Liebste, wenn die Fairness des Preises von Ihnen auch unter Berücksichtigung einer etwaigen Kontrollprämie bestätigt werden könnte“, zitiert Heidel in den Unterlagen, die der FTD vorliegen, aus einer E-Mail. Heute will die HVB mit ihrem Schriftsatz beim Landgericht dagegenhalten. Der FTD teilte sie mit, die Darstellungen Heidel seien „aus dem Zusammenhang gerissen“, den Vorwurf der Täuschung „weisen wir mit aller Deutlichkeit zurück“.

konz  
Zusc  
te N  
sowi  
EAD  
ner i

Loh  
Ver  
mit

Die  
spra  
von  
Tarif  
führ  
ih  
v  
info

Brü  
Gel  
Ma

Die  
die  
Kred  
illeg  
de d  
mer  
Geld

Oh  
am  
Bo

Die  
dar  
neg  
meh  
chei  
schr

Schw  
Belgk

Abon